

Bericht über die Frauen-Delegations- reise der Fraktion DIE LINKE.

vom 25. bis 29. August 2008 nach Polen und
in die Russische Föderation

MdB Monika Knoche, MdB Kirsten Tackmann,
MdB Dorothée Menzner, MdB Ulla Jelpke,
MdB Inge Höger sowie Jutta Kühl, Referentin für
feministische Politik und Frank Schwarz, Redakteur

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktion: Jutta Kühl und Frank Schwarz
Redaktionsschluss: 19. September 2008

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Zusammenfassung



Frauendelegation vor dem Warschauer Kulturpalast

Eine Frauendelegation der LINKEN reiste vom 25.08.-29.08.2008 nach Polen und in die Russische Föderation. Die Bundtagsabgeordneten Monika Knoche (stellvertretende Fraktionsvorsitzende), Kirsten Tackmann (frauenpolitische Sprecherin) sowie Inge Höger, Ulla Jelpke und Dorothée Menzner trafen sich mit Frauen und Initiativen verschiedener politischer Ebenen.

Bei den Treffen standen die Themen Friedens- und Frauenpolitik auf der Tagesordnung. Die Abgeordneten tauschten sich zu aktuellen Fragen des Kaukasuskonfliktes und der Raketenstationierung in Polen aus. Des Weiteren wurde die Gleichstellung der Geschlechter in Politik und Gesellschaft behandelt. Dazu gehören insbesondere Fragen der Frauengesundheit und des Zugangs zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen, den Kampf gegen häusliche Gewalt gegen Frauen sowie gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution.

Neben der aktuellen Situation von Frauen in den beiden osteuropäischen Ländern, galt besonderes Interesse der gesellschaftlichen Situation nach den Wahlen in Polen und der Russischen Föderation. Insbesondere um einen Überblick über die neue Politik unter den Präsidenten Tusk und Medwedew im außen- und innenpolitischen Bereich zu erhalten.

Die Delegation hielt sich zunächst zwei Tage (25.-26.08.2008) in Warschau auf. Dort finden neben Treffen mit Regierungsvertreterinnen, wie z.B. StS' in Elżbieta Radziszewska, der Gleichstellungsbeauftragten in der Regierung Tusk, auch Gespräche mit weiblichen Sejmabgeordneten verschiedener Fraktionen statt. Neben den Treffen mit außerparlamentarischen Organisationen wie der Demokratischen Frauenunion und der Kampagne gegen Homophobie waren eine Kranzniederlegung im Warschauer Getto sowie der Besuch des Vereins „Kinder des Holocaust“ wichtige Programm punkte.

Am dritten Tag (27.08.2008) ging es weiter nach Moskau. Auch hier stand neben Gesprächen mit Regierungsvertreterinnen, wie z.B. Weronika Igorewna Skworzowa, der Stellvertretenden Ministerin für Gesundheit und soziale Entwicklung, ein Besuch in der Staatsduma auf dem Programm. Zu den außerparlamentarischen Gesprächspartnerinnen zählten hier u.a. das NGO-Netzwerk „Frauenpartnerschaft“ und der Verband der Komitees der Soldatenmütter Russlands.

Gespräche im Einzelnen

Montag, 25. August 2008 - Warschau

Gespräch mit Michael Gerds, Deutscher Botschafter in Warschau

Der deutsche Botschafter **Michael Gerds** erläuterte der Delegation seine Analyse der aktuellen polnischen Politik. Er schilderte, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen seit der Regierung Tusk normalisieren und auch strittige Themen, wie etwa die Ostseepipeline konstruktiv abgesprochen werden. Generell stellt er ein großes Bestreben der polnischen Regierung fest, gemeinsam mit Deutschland in der EU zu wirken.

Die Gleichberechtigung der Frauen in der polnischen Gesellschaft stehe derzeit nicht auf der politischen Agenda. Diese sei mehr durch eine „Aufbaustimmung“ als durch Selbstreflexion dominiert. Dazu komme, dass Themen wie (Zwangs-)Prostitution oder Homosexualität nach wie vor ein gesellschaftliche Tabu sind. Den großen Einfluss der katholischen Kirche in dieser Hinsicht - quer durch alle politischen Lager - erklärte er dadurch, dass diese die einzige Konstante in der jüngeren polnischen Geschichte gewesen sei.

Auch das Raketenabwehrsschild kam zur Sprache. Seine Einschätzung der Stimmung in der polnischen Gesellschaft hinsichtlich des Raketenabwehrsschildes: es findet kein öffentlicher Diskurs über das Raketenabwehrsschild statt, auch nicht darüber, dass es diesbezüglich einen Wandel in der Mehrheitsmeinung gegeben hat. Vor fünf Jahren sei dieses eher kritisch beurteilt worden, anlässlich des Kaukasuskonfliktes habe sich die Haltung aber gewandelt.

Teilnahme am Workshop organisiert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Demokratische Frauenunion Polen (DUK).

Ziel der Veranstaltung ist eine offene Diskussion mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen über die Situation von Frauen und ihre gesellschaftliche Gleichstellung in Polen. Joanna Gwiazdecka, Referentin der Rosa Luxemburg Stiftung moderierte die Veranstaltung.

Zu den Organisationen und ihren Berichten:

• Demokratische Frauenunion (DUK) – Demokratyczna Unia Kobiet

Hauptarbeitsfelder der größten Frauenorganisation Polens sind die Teilhabe von Frauen am demokratischen Prozess und die Stärkung von Frauen als politischen Akteuren. Die DUK arbeitet seit 2004 mit der Rosa Luxemburg Stiftung zusammen. Sitz der von **Renata Berent-Mieszczańowicz** geleiteten Organisation ist Wrocław. DUK ist die größte sich politisch verstehende Frauenorganisation Polens und – auch wenn ihr Name dies nicht nahelegt – linksgerichtet. Sie ist in ganz Polen präsent, auch in den dörflichen

Regionen – sowie international vernetzt (Mitglied der European Women's Lobby)

Renata Berent-Mieszczańowicz berichtete im Workshop, dass sich von den derzeit 60.000 NGOs in Polen kaum ein Prozent mit der Emanzipation von Frauen beschäftigen.

Kontakt: <http://www.dukr.k.pl/>

• Lehrergewerkschaft - Związek Nauczycielstwa Polskiego (ZNP)

Die Lehrergewerkschaft Polens ist besonders interessiert an Fragen der europäischen Bildungspolitik. **Dorota Obidniak** berichtet, dass sie mit ca. 300.000 Mitgliedern eine kleine polnische Gewerkschaft sind. Bei ihnen sind überwiegend Frauen organisiert. Alle zwei Jahre geben sie einen Bericht über die Situation von Frauen im Bildungswesen heraus. Zu ihren aktuellen Befunden gehört, dass noch immer 80 Prozent Männer und nur 20 Prozent Frauen das Leitungswesen im polnischen Bildungsbereich stellen. Dorota Obidniak merkt dazu kritisch an, dass dies nicht möglich wäre, wenn auch Frauen überwiegend Wahlentscheidungen zu Gunsten von Männern treffen würden.

Die Lehrergewerkschaft setzt sich auch dafür ein, dass Sexualkundeunterricht in Polen endlich ein Schulpflichtfach wird. Derzeit gäbe es keine staatlich organisierte Sexualerziehung, entsprechende Webseiten würden von der Kirche und nicht etwa von Frauen- oder Bildungsorganisationen gepflegt. Eine entsprechende Gesetzesinitiative durch die SLD bewertet sie eher skeptisch, da diese Oppositionspartei nicht in diese Richtung aktiv wurde, als sie in Regierungsverantwortung war.

• Berufsverband der Pflegeberufe

Der Berufsverband der Pflegeberufe gründete sich 1999 anlässlich starker Proteste gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens. **Longina Kaczmarska** berichtete, dass mittlerweile die Hälfte der polnischen Krankenschwestern in ihrem Verband organisiert sei. Erst kürzlich machten diese mit einer spektakulären Besetzung der Kanzlei des Ministerpräsidenten auf sich aufmerksam. Sie blieben eine Woche, bis sie einen Termin bekamen, um dem Ministerpräsidenten ihre Forderungen zur Anhebung ihrer Gehälter vorzutragen.

• Föderation für Frauen und Familienplanung - Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny

Dachverband von Organisationen, die sich seit ungefähr 15 Jahren im Kampf für sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen und gegen das Abtreibungsgesetz engagieren.



Die Vorsitzende der DUK Renata Berent-Mieszczańowicz begrüßt die TeilnehmerInnen

Die Vorsitzende **Wanda Nowicka** stellte fest, dass Frauen in Polen in vielen Bereichen diskriminiert würden. Im Bereich der reproduktiven Rechte sei der Rückschritt jedoch am größten. Mit dem Gesetz Anti-Abtreibungsgesetz wurden polnische Frauen nach 40 Jahren ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt.

Das Abtreibungsrecht sei in der Wirklichkeit noch viel repressiver als auf dem Papier. Auch legale Abtreibungen, zum Beispiel nach einer Vergewaltigung, lassen sich oft nicht durchsetzen. Ein Beispiel ist hier ein 14jähriges Mädchen, Agatha, die von der Kirche und LebensschützerInnen massiv unter Druck gesetzt wurde. Auch der Sieg von Alicja vor dem Europäischen Gerichtshof, habe sich noch nicht positiv für die anderen polnischen Frauen ausgewirkt.

Derzeit ist nicht abzusehen, dass es in absehbarer Zeit gelingen könnte, dass polnische Recht zu liberalisieren. Eine Änderung des Abtreibungsrechtes, die eine soziale Indikation vorsah, wurde vom Verfassungsgericht 1997 zurückgewiesen. Die Strategie der Föderation für Frauen und Familienplanung ist es daher, ein Netzwerk von Rechtsanwälten aufzubauen, um Frauen wenigstens dabei zu unterstützen, ihre aktuellen Rechte durchzusetzen.

Der aktuelle Bericht (März 2008) der Förderation für Frauen und Familienplanung: „Reproductive Rights in Poland – the effects of the anti-abortion law“ kann unter kostenlos herunter geladen werden.

Kontakt: <http://www.federa.org.pl/>

• La Strada

Die Nichtregierungsorganisation ist in Polen seit 13 Jahren aktiv gegen Frauenhandel. Das Büro in Warschau wurde 1995 gegründet, als Teil des La-Strada-Pilotprojekts zur Prävention des Frauenhandels in Mittel- und Osteuropa.

Die Vorsitzende Joanna Garnier berichtet, dass der Erfolg von La Strada darin bestehe, sich zu einem interdisziplinären nationalen Projekt entwickelt zu haben, dessen Arbeitsschwerpunkt der Opferschutz sei. 90 Prozent der Klientinnen von La Strada seien

Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Sie engagieren sich aber auch in der Prävention, zum Beispiel durch Bildungsveranstaltungen für junge Menschen mit Blick auf Arbeitsmigration.

Kontakt: http://www.strada.org.pl/index_en.html

• Network of East-West Women

Molgarzata Tasiewicz berichtete von zwei Arbeitsschwerpunkten des Netzwerkes. Zum einen beschäftigen sich die Aktivistinnen mit dem Thema Gender Budgeting.

Das Netzwerk führte – mit Unterstützung durch die Gender Budget Initiative Berlin – eine geschlechterensible Analyse des Haushaltes der Stadt Danzig durch. Ihr besonderes Interesse galt der Frage, wohin die EU-Gelder fließen. Zu den ernüchternden Ergebnissen gehörte auch, dass es nicht – wie vorgesehen – mehr Geld für Frauenorganisationen gibt. Die Mittel fließen nach ihrer Aussage, ausschließlich in den Arbeitsmarkt. Hierzu merkt sie kritisch an, dass es im polnischen Parlament auch keine kritische Masse von weiblichen Abgeordneten gebe, die sich um den geschlechtergerechten Einsatz der Mittel kümmern würde.

Als zweiten Arbeitsschwerpunkt benannte sie die Rechtsberatung für gewaltbetroffene Frauen. Diese bietet das Netzwerk an, ohne dabei auf staatliche Hilfe zurückgreifen zu können.

• Prof. Danuta Zalewska, Universität Wrocław (Breslau)

Prof. Danuta Zalewska fasste anschließend die Beiträge aus den unterschiedlichen Bereichen zusammen. Sie malte dabei ein düsteres Bild der aktuellen polnischen Gesellschaft. Unabhängig davon welche Partei regieren, die Angriffe der römisch-katholischen Kirche auf die politische Praxis haben dazu geführt dass Polen heute ein „Kirchenstaat“ sei. Hinsichtlich der Verletzung der reproduktiven Rechte von polnischen Frauen sagte sie: „Wenn Frauen als Werkzeug für die Reproduktion gezwungen werden, dann ist das eine Form der Sklaverei.“

Aber auch über die Frage des Schwangerschaftsabbruch-Verbotes hinaus, stellt sie fest, dass Frauen in Polen keine vollwertigen Bürgerinnen seien. Sie würden in Polen zwar Richtlinien implementiert, aber nicht praktisch umgesetzt. Dies verhalte sich ein bisschen wie früher, als Polen ein sozialistischer Staat war. Es gebe zwar tolle Fassaden, aber niemanden, der sich für die Umsetzung der Rechte einsetzen würde. Auch Frauenorganisationen schaffen es nicht, ihre Ziele von einer breiten Basis aus durchzusetzen, die Zivilgesellschaft sei eigentlich nicht existent. Angesichts dessen, sei auch eine Entfernung hin zu autoritären Strukturen in Polen denkbar.

Kontakt: <http://international.uni.wroc.pl/?q=en/>

Dienstag, 26. August 2008

Kranzniederlegung am Warschauer Ghetto-Denkmal



Ein Höhepunkt des Aufenthalts der Delegation in Warschau war der Besuch des Mahnmals für die Opfer des Warschauer Ghettos. Die Abgeordneten legten für die Linkenfraktion einen Kranz des Gedenkens am Denkmal des Warschauer Ghettos nieder. Anschließend erläuterte Holger Politt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Details über die Geschichte deportierter Juden anhand verschiedener Mahnmale auf dem Gelände des ehemaligen Gettos.



Treffen mit Mitgliedern des Vereins von „Kinder des Holocausts“ – „Dzieci Holokaustu“

„Kinder des Holocaust“ ist ein Zusammenschluss von Holocaust-Überlebenden, die bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 13 Jahre oder jünger waren, bzw. während des Krieges geboren wurden. Sie wurden aufgrund ihrer jüdischen Abstammung von den Nazis verfolgt und in Gettos, Konzentrations- und Vernichtungslagern interniert oder gezwungen ihre Identität zu verbergen. Die Organisation umfasst ca. 800 Mitglieder, diese sind überwiegend Frauen, da es schwieriger war Jungen zu retten. Das Alter der Mitglieder liegt zwischen 59 und 77 Jahren.



Janusz Karpinski



Die Delegation wurde von der Vorsitzenden **Anna Drabik**, der Geschäftsführerin **Teresa Lauther**, den stellv. Vorsitzenden **Johanna Sobolwska** und **Tomasz Prot** sowie von **Janusz Karpinski** und **Elzbieta Rembelska** empfangen.

Anna Drabik veranschaulichte anhand des Alters der Mitglieder, dass viele von ihnen zu klein waren, um bewusste Erinnerungen an das Warschauer Getto oder ihre leiblichen Eltern zu haben. Sie wurden von Polen gerettet und adoptiert und sind in ihren Zweitfamilien aufgewachsen. Viele haben erst sehr spät von ihrer Herkunft erfahren und versuchen noch immer, Spuren ihrer Familien zu finden. Einige Ältere unter ihnen können sich jedoch noch an ihre Eltern erinnern und haben auch bewusste Erinnerungen an den Krieg. Dies sei, so Anna Drabik, besonders wichtig für die Bildungsarbeit des Vereins.

So sei ihr Arbeitsschwerpunkt seien die Bildungsarbeit an Schulen. Das Gespräch zwischen SchülerInnen und Zeitzeugen zu ermöglichen ist ihnen sehr wichtig. Zudem finden jedes Jahr Wettbewerbe statt. Auch ein vom Kultusministerium gefördertes Bildungsprogramm in Zusammenarbeit mit der Organisation für Lehrerfortbildung gehört zu ihrer Arbeit. Darin schreiben Schüler beispielsweise Aufsätze über „schwierige Entscheidungen“, bei denen sie sich gedanklich in die damalige Zeit versetzen müssen, oder sie verfassen Drehbücher für kleine Fernsehspots, die im öffentlichen Fernsehen gezeigt werden.

Darüber hinaus verlegt der Verein Bücher, hauptsächlich mit Zeitzeugenberichten um diese auch für zukünftige Generationen zu erhalten.

Der dritte Bereich der Vereinsarbeit richtet sich an die eigenen Mitglieder. Dazu gehören Angebote für psychotherapeutische Hilfe, Gemeinschaftsaktivitäten und die finanzielle wie praktische Unterstützung für Menschen, die sie als Kinder gerettet haben und heute sehr alt und hilfsbedürftig sind.

Kontakt: <http://www.dzieciholocaustu.org.pl/szab51.php?s=index3.php>

Gespräch mit weiblichen SEJM-Abgeordneten



Neben kontroversen aktuellen Themen, wie dem Vertrag über die Stationierung eines amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen, drehte sich das Gespräch um die Situation von Frauen in der heutigen polnischen Politik und Gesellschaft.

• Frau Senyszyn (SLD): Bündnis der Demokratischen Linken

Joanna Senyszyn ist Professorin der Wirtschaftswissenschaften und stellvertretende Vorsitzende der SDL und Abgeordnete des Sejm für das Wahlbündnis Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci - LiD) in der 4., 5. und 6. Wahlperiode. Sie gilt als scharfe Kritikerin des Katholizismus und bereitete die Liberalisierung des polnischen Abtreibungsrechtes mit vor, die aufgrund einer Entscheidung des Verfassungsgerichtes 1997 gestoppt wurde.

Sie wies auf die Schwierigkeiten hin, reale Zahlen über Schwangerschaftsabbrüche in Polen zu erheben. Selbst wenn Ärzte einen (legalen!) Abbruch durchführen, dokumentieren sie diese als Fehlgeburten.

Sie stellte fest, dass die Situation von Frauen überall in Europa schlecht sei, aber in Polen würden die Bürgerrechte von Frauen in besonderem Maße verletzt. Auch von einem geplanten Gleichstellungsgesetz erwartet sie nicht viel. Ein dazu passendes polnisches Sprichwort laute: „Gegen einen schlechten Willen hilft keine Vorschrift.“

• Frau Szymanek-Deresz (SLD): Bündnis der Demokratischen Linken, poln. Sojusz Lewicy Demokratyczne

Johanna Szymanek-Deresz ist Juristin, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Außenpolitik und in der Partei SDL Zuständige für den Bereich internationale Politik. Sie berichtete, dass sich in ihrer Partei die Haltung zum Raketenabwehrschild geändert habe. Vor 5 Jahren hätten sie dieses nicht abgelehnt, aber mehr Informationen über die realen Schutzmöglichkeiten gefordert. Mittlerweile seien wichtige Stimmen laut geworden, dass dieses nicht mehr Sicherheit, sondern vielmehr mehr Gefahren mit sich bringen würde.

Im Verlauf der Diskussion stimmte sie der Einschätzung von Inge Höger zu, dass das Raketenabwehrschild mit Blick auf Russland erreicht werde und nicht zum Schutz so genannter „Schurkenstaaten“, da diese gar nicht über entsprechende Waffen verfügen würden.

• Frau Kluzik-Rostkowska (PiS): Recht und Gerechtigkeit, poln. „Prawo i Sprawiedliwość“

Frau Kluzik-Rostkowska war Ministerin für Frauenfragen in der letzten, nationalkonservativen, Regierung der Kaczyński Zwillingsbrüder.

Sie habe in ihrer Funktion als Ministerin 2006/2007 ein Familienpaket auf die Wege gebracht, dass parteiübergreifend Zustimmung fand und durch die aktuelle Regierung fortgesetzt werde. Allerdings gebe es - ähnlich wie in Deutschland - seitens der katholischen Kirche Angriffe auf den darin geplanten Ausbau der Kinderbetreuung. Ebenfalls in ihrer Regierungszeit wurde eine Studie über die Erwartungen der homosexuellen Minderheiten in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in Kürze vorliegen werden.

Sie wies auch auf den Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes hin, das noch nicht vom Parlament beschlossen werden müsse. Dazu stellte sie fest, dass zurzeit in Polen nicht das schwierigste sei Gesetze zu beschließen, sondern Einstellungen zu ändern.

Zum Thema Friedenspolitik berichtete sie, dass sie als Journalistin in Bosnien und Tschetschenien Erfahrungen in Kriegsgebieten gesammelt hat. Ihre Einschätzung zur Raketenstationierung: die spezifische geopolitische Situation Polens sei schwer fassbar. Faschismus und russische Besatzung seien tief im Alltagsbewusstsein verankert. Derzeit herrsche die Angst, dass Russland wieder imperiale Motive habe: dann sei Polen gefährdet - mit oder ohne Raketenabwehrschild.

- **Frau Zdanowska (PO): Bürgerplattform, poln. Platforma Obywatelska**

Hanna Zdanowska ist Mitglied der regierenden rechts-liberalen Bürgerplattform und ehemalige Leiterin der polnischen Industrie- und Handelskammer. Auf kommunalpolitischer Ebene engagiert sie sich für die Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen.

Sie wies darauf hin, dass die PO 27 Prozent weibliche Abgeordnete habe, da bei ihnen auf den Wahllisten unter den ersten drei immer eine Frau sein müsse.

Sie erklärte die Zustimmung ihrer Partei zum Raketenabwehrschild folgendermaßen: dieses sei nicht gegen Russland gerichtet, sondern solle zum Schutz vor Terrorismus dienen, da Polen in verschiedenen Konfliktgebieten (Afghanistan, Irak) militärisch engagiert sei.

Gespräch mit VertreterInnen der polnischen Regierung

Die Staatssekretärin **Elżbieta Radziszewska**, Gleichstellungsbeauftragte in der Regierung Tusk, koordiniert Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in der Regierung. Sie und die Unterstaatssekretärin im Ministerium für Arbeit und Gesellschaftspolitik, **Agnieszka Chłoń-Domińczak**, erläuterten ihren Ansatz eines „Sanften Weges“ um das gesellschaftliche Bewusstsein in der polnischen Gesellschaft zu verändern. Beispielsweise gäbe es in Polen die Möglichkeit, dass Väter bei vollem Lohnausgleich vier, der - bei Erstgeburten - gesetzlich garantierten 18 Wochen des Mutterschaftsurlaubes nehmen. Trotzdem würden dies zu 2/3 Frauen in Anspruch nehmen, da Männer meist einen Imageverlust in ihrer Firma befürchten würden.



Es sei ein Effekt des postsowjetischen Erbes, dass Gleichberechtigung auf „Biegen und Brechen“ nicht mehr gewünscht werde und beispielsweise Quotierungen daher keine Zustimmung fänden. Typisch sei eher, dass private Firmen im Rahmen mittels ihrer Bewertung anhand eines „Gender Indexes“ eine Imageverbesserung anstreben. Konkrete Zahlen dazu nannte sie nicht.

Das Thema Lohndiskriminierung würde in Polen weniger als in Deutschland eine Rolle spielen, sondern sich auf besser verdienende Frauen in typischen Bereichen beschränken (öffentlicher Dienst, Gesund-

heit, Ausbildung). Problematisch sei die Situation außerdem in kleinen und mittleren Unternehmen in ländlichen Räumen. Hier würde es an Aufklärung über die Lohndiskriminierung von Frauen fehlen.

Mit dabei war auch **Magdalena Kochan**, die Vorsitzende der überfraktionellen Parlamentarischen Frauengruppe im Sejm. Diese Gruppe besteht aus weiblichen Abgeordneten – sowie drei Männern – verschiedener Fraktionen. Sie haben sich – mit vielen Kompromissen – auf ein Programm zur Gesundheitsprävention geeinigt.

Sehr interessiert zeigten sie die polnischen GesprächspartnerInnen an der Frage, wie Gleichstellungspolitik in deutschen Gewerkschaften verankert sei und erbaten hierzu Informationen seitens der Delegation.

Gespräch mit VertreterInnen der Kampagne gegen Homophobie, pol. „Kampania przeciw Homofobii“

Lesben und Schwule werden in Polen nach wie vor diskriminiert. Bei einer Begegnung mit VertreterInnen der Kampagne gegen Homophobie informieren sich die linken Abgeordneten über etwaige Veränderungen unter der neuen Regierung Tusk. Positive Entwicklungen können die VertreterInnen der Kampagne **Marta Abramovicz, Patrycja Kulka** und **Robert Biedrón** jedoch nicht berichten.

Zwar seien sie keinen unmittelbaren Anfeindungen seitens der Regierung mehr ausgesetzt, aber auch unter der Regierung Tusk finde Diskriminierung statt. Nur werde diese jetzt gar nicht mehr thematisiert. Zudem sei Polen das einzige Land in Europa ohne Antidiskriminierungsstelle, informieren die AktivistInnen ihre Gäste.

Von der bald zu erwartenden Expertise zur Situation der homosexuellen Minderheit in Polen erwarten sie nichts Neues. Diese sei von der vorherigen Regierung an eine Universität gegeben worden, da der Bericht der Kampagne zur Situation bi- und homosexueller Menschen in Polen 2005/2006 nicht als glaubwürdig angesehen wurde.

Ein aktueller Erfolg ihrer Arbeit sei, dass kürzlich erstmalig eine internationale Konferenz mit GewerkschafterInnen zur Diskriminierung von homosexuellen Menschen in der Arbeitswelt stattgefunden habe. Die Mitglieder der Kampagne stehen in regem Austausch mit AktivistInnen in den Ländern des Ostseeraums, aber auch mit Ländern wie Weißrussland, Russland und Kasachstan, in denen eine ähnliche Situation herrscht (z.B. Demoverbote). Von den deutschen PolitikerInnen wünschen sie sich eine starke Lobby für ihre Anliegen.

Die Kampagne gegen Homophobie ist die wichtigste und prominenteste Organisation der Schwulen und Lesben in Polen. Diese stellt die Stärkung von Minderheitenrechten und die Stärkung der Teilhabe dieser Zielgruppe am öffentlichen Leben ins Zentrum ihrer Tätigkeit. <http://www.kampania.org.pl>

Donnerstag 28. August 2008; Moskau

**Gespräch mit Frau Jelena Kozyr,
Geschäftsführerin des NGO-Netzwerks
„Frauenpartnerschaft“ sowie Frau Soja
Schargatowa, Moskauer Assoziation
„Frauen in der Politik“, Gender-Fraktion
der Union der Rechten Kräfte (SPS)**



Jelena Kozyr, Soja Schargatowa mit
Natalja Iwantschenko

Jenena Kozyr ist Geschäftsführerin des NGO-Netzwerks „Frauenpartnerschaft“ und Mitbegründerin der Assoziation Frauen in der Politik mit dem Schwerpunkt Kommunalpolitik. Einleitend erläuterte sie für die Gäste aus Deutschland, dass es in Russland eine interessante Situation gebe. Im Gegensatz zu Deutschland setzen sich hier die rechten Parteien für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein.

Dies bestätigte die zweite Gesprächspartnerin, Frau **Soja Schargatowa** von der Gender-Fraktion der Union der Rechten Kräfte (SPS) anschaulich. Sie führte aus, dass es zwar insgesamt viele Frauen in russischen Parteien gäbe, aber nur auf unteren Ebenen. Es gäbe zwar ein Parteiengesetz, dass ein Drittel der Kandidatinnen bei den Wahllisten für die Duma berücksichtigt werden müssten, aber diese werden ignoriert. Letztlich sei dies ein Abbild der gesellschaftlichen Probleme in Russland. Hier sei es nicht üblich, für etwas zu kämpfen, dass rechtlich bereits geregelt sei. Doch auch wenn die jure entsprechende Gesetze vorhanden sind, werden diese de facto nicht umgesetzt. Das Bewusstsein für Diskriminierungen sei wenig ausgeprägt. Diese würden als individuelle und nicht als gesellschaftliche Probleme wahrgenommen.

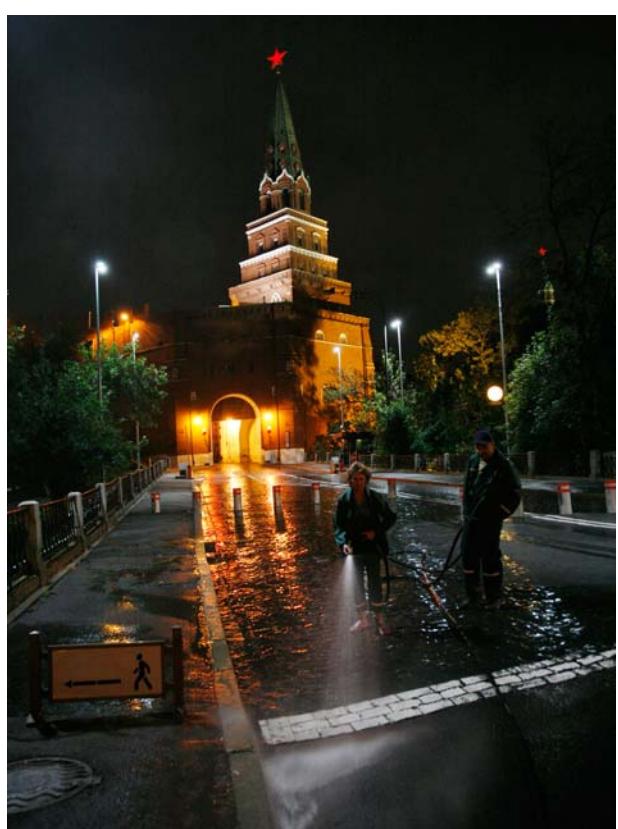
Die Frauen berichten weiter, dass sich in der russischen Gesellschaft seit einiger Zeit ein ganz neuer Typ von Frauen herausgebildet habe. Sie haben einen gewissen beruflichen Status erreicht und fordern jetzt einen entsprechenden gesellschaftlichen Status ein. Beispielsweise jährt sich die erste russische Frauenkonferenz 2009 zum 100ten Mal. In dem großen Organisationskomitee für die Konferenz sind erstmalig auch Business-Frauen engagiert. Diese Existenzgrün-

derinnen nehmen sich als selbstständig war, hätten aber patriarchale Geschlechterstereotype verinnerlicht. Ähnlich verhalte es sich mit Politikerinnen. In der Staatsduma gäbe es derzeit diverse „dekorative“ weibliche Abgeordnete, wie Sportlerinnen, Balletttänzerinnen usw. Es sei sogar schon vorgekommen, dass sich diese freizügig in Herrenmagazinen abbilden ließen. Es gäbe eben patriarchale Strukturen, die das Wort Feminismus nicht ertragen.

Dieses Beispiel sei typisch für die sexistische Darstellung von Frauen in den russischen Medien, insbesondere in der Werbung. Aber es gäbe auch andere dringende Probleme.

So wäre das Thema Gewalt gegen Frauen ein sehr großes Problem. Jährlich würden in Russland 15 000 Frauen aufgrund geschlechtsspezifischer Gewalt sterben. Dies würde vollständig tabuisiert und als Privatproblem betrachtet, man wolle „keinen Müll vor die Haustür kehren“. Die Polizei etwa wolle sich bei häuslicher Gewalt nicht in „Familienangelegenheiten“ einmischen. In Moskau selbst gäbe es keine Zufluchtswohnung, aber in anderen Städten zumindest private Initiativen. Generell seien hier die Regionen in der Nähe von Skandinavien fortschrittlicher.

Aber auch die Diskriminierung am Arbeitsplatz sei ein wichtiges Thema. So sei beispielsweise sexuelle



Kreml in Moskau

Belästigung am Arbeitsplatz ähnlich tabuisiert und quasi gesellschaftliche Normalität. Die Privatisierung der Wirtschaft habe dazu geführt, dass meist Männer Arbeitgeber seien und ihre weiblichen Angestellten nicht als Arbeitnehmerinnen sondern als „Kaufobjekt“ betrachten. Dies sei ein neues Phänomen, denn als alle in staatlichen Unternehmen beschäftigt waren, hätte es diese persönlichen Anhängigkeiten nicht gegeben.

Hinsichtlich auf die Betreuungssituation von Kindern im Vorschulaltern erzählen sie, dass das Netz von Betreuungseinrichtungen als Überbleibsel des Sozialismus noch relativ weit ausgebaut sei und in kommunale Trägerschaft übergegangen sei. Allerdings fehlen allein in Moskau schätzungsweise 25.000 Plätze. Oftmals sind die Großeltern bei der Betreuung eingesprungen, wenn beide Elternteile arbeiten mussten. Aber diese müssen zunehmend selbst arbeiten gehen, um etwas zur Rente dazu zu verdienen.

Die Kosten für einen kommunalen Kindergartenplatz sind mit 500 Rubeln im Monat vergleichsweise niedrig. Allerdings müsse üblicherweise eine Bestechungssumme von 50 000 Rubeln über den Tisch geschoben werden, um überhaupt einen Kindergartenplatz zu erhalten.

Im Laufe des Gesprächs kam auch die geopolitische Besonderheit Russlands („Asiropa“) zur Sprache. Die Frauen berichteten, dass es nicht nur eine Migrationsbewegung nach Westeuropa gebe. Im östlichen Teil Russlands wandern zunehmend chinesische Männer ein, die als Folge der „Ein-Kind-Politik“ aufgetreten, jahrzehntelange Selektion weiblicher Föten in China keine Partnerinnen finden können. Die Russinnen wiederum würden die chinesischen Männer schätzen, da diese entgegen den russischen Männern als kinderlieb, arbeitsam und mit Unternehmergeist ausgestattet gelten und keinen Alkohol trinken würden.

Gespräch mit Frau Maria Grigorjewna Fedulowa, Mitglied des Komitees der Soldatenmütter Russlands sowie Frau Lubow Nikolajewna Winogradowa, Vizepräsidentin der Unabhängigen Psychiatrischen Assoziation

Maria Grigorjewa Fedulowa vom Verband der Komitees der Soldatenmütter Russlands und **Lubow Nikolajewna Winogradowa**, Vizepräsidentin der unabhängigen psychiatrischen Assoziation kümmern sich mit vielen Helferinnen und Helfern um tausende Soldaten, die traumatische Erfahrungen gemacht oder körperliche Leiden in der Armee erleiden mussten. Die Frauen arbeiten ehrenamtlich und sind vor allem auf Spenden aus dem Ausland angewiesen, da es vom Staat keinerlei Unterstützung gibt. Ende März 2009 feiern die Soldatenmütter ihr 20jähriges Bestehen.

Maria Grigorjewa Fedulowas Sohn geriet während des ersten Tschetschenienkrieges in Gefangenschaft. Sie hat ihr erfolgreich gesucht und musste sich dann mit seiner Rehabilitation befassen. Ihr persönliches



Soldatenmütter

Schicksal brachte sie zu den Soldatenmüttern. Sie sieht den Zusammenschluss der Frauen als notwendig an, um sich erfolgreich für ihre Söhnen einzusetzen zu können. Heute arbeitet sie als eine der 30 Frauen, die sich im Moskauer Komitee engagieren. Es gibt aber landesweit noch weitere Gruppen und viele Mitstreiterinnen.

Lubow Nikolajewna Winogradowa berichtete von den Schwerpunkten der Unabhängigen Psychiatrischen Assoziation in Zusammenarbeit mit den Komitees der Soldatenmütter. Zum einen würden sie unabhängige Gutachten erstellen und sich für die Freistellung der jungen Männer einzusetzen, wenn deren Einberufung aufgrund einer psychischen Erkrankung nicht rechtmäßig sei. Zum anderen setzen sich dafür ein, dass die Strafverfolgung von Deserteuren ausgesetzt wird, wenn diese in der Armee misshandelt wurden. Und nicht zuletzt bieten sie auch Traumabehandlung für Soldaten an. Die Hälfte aller Todesfälle in der russischen Armee seien Selbstmorde, führte sie aus.

Der Staat sei neu, aber die Menschen im Generalsstab leider noch sowjetischen Klischess verhaftet, kritisierte Maria Grigorjewa Fedulowa. Ohne gesundheitliche Probleme zur Kenntnis zu nehmen, würden die jungen Männer eingezogen, um die Kasernen zu füllen. „Sie erfüllen den Plan und ignorieren rechtliche Vorschriften“, führte sie aus. Junge Soldaten könnten bereits nach sechs Monaten nach Tschetschenien eingezogen werden. Zwar gehe dies erst, nach ihrem schriftlichen Einverständnis, aber der Druck sei sehr hoch. Auch gäbe es ein Gesetz für alternativen (Zivil-)Dienst, aber die Bedingungen für Kriegsdienstverweigerer seien sehr schlecht.



MdB in Duma

Gespräch mit Frau Elmira Gusejnowna Glubokowskaja, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheitssicherung der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation.

Die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheitssicherung der Staatsduma und Mitglied der Partei „Gerechtes Russland“, **Elmira Gusejnowna Glubokowskaja**, ging Eingangs auf den Konflikt in Südossetien mit der Bewerbung ein, dass wir Frauen ausgewogene Wesen seien und keine einzige Frau würde das Ziel verstehen, wenn dieses eine Mutter oder ein Kind verletzen würde.

Anschließend kam sich sofort auf die ihren Arbeitsbereich zu sprechen. Zunächst hielt sie fest, dass sie für den Aufbau der Zivilgesellschaft die dritte (Gesellschaftliche) Kammer der Duma als wichtiges Instrument für den Dialog zwischen Staat und Bürgerinnen ansehe. Staatsbedienstete würden manchen Sachverhalt beschönigen, unabhängige Bürger könnten die Probleme besser auf den Punkt bringen.

Zu den großen russischen Problemen im Bereich Frauengesundheit berichtete sie, dass die Regierung angeichts der hohen Schwangerschaftsabbruchrate aber auch der Zunahme von HIV, Hepatitis und Tuberkulose ein Programm zur gesundheitlichen Aufklärung in Höhe von 38 Mio. US Dollar plane. Dieses müsse aber noch durch das Parlament. In diesem Rahmen solle es auch eine Liste mit kostenfreien Medikamenten geben.

Zudem solle es ein Programm gegen Alkoholismus geben, dies stehe in Russland besonders im Zusammenhang mit dem Thema „Häusliche Gewalt“. Ebenfalls solle eine „Hotline des Vertrauens“ für gewaltbetroffene Frauen eingerichtet werden.

Ein wichtiges Ziel sei es auch, sozial Benachteiligte besser zu schützen: Dazu zählt sie kinderreiche Familien, Alleinerziehende, RentnerInnen usw.

Gespräch mit Frau Weronika Igorewna Skworzowa, Stellvertretende Ministerin für Gesundheit und soziale Entwicklung der Russischen Föderation



Auf die direkte Frage von Ulla Jelpke hinsichtlich ihrer Einschätzung der Stationierung des Raketenabwehrsystems in Polen antwortete Frau **Weronika Igorewna Skvorzowa**, dass dies nicht friedensförderlich sei.

Über den Konflikt im Kaukasus äußerte sie sich ausschließlich mit Blick auf die notwendige humanitäre Hilfe, die seitens der Russischen Föderation geleistet würde: hinter ihnen lägen 3 schwere Wochen, in denen folgende medizinische Hilfsleistungen (durch ihre Ministerium?) organisiert worden seien: 50 Tonnen Arzneimittel; 300 Lazarettplätze; 1600 Behandlungen, davon nach wie vor 300 stationär. Insgesamt würden sich 15.000 Flüchtlinge auf russischem Gebiet befinden.

Zur Gesundheitspolitik in Russland stellte sie fest, dass sich seit Einführung eines nationalen Gesundheitssprojektes 2006 die Lage deutlich verbessert habe. So sei die Müttersterblichkeit in den letzten Jahren von 35% auf 21% gesunken. Es werde bessere medizinische Hilfe für Schwangere angeboten und die Betreuung des Babys im ersten Jahr begleitet. Zudem erhalte jede Mutter einen finanziellen Bonus für jedes Neugeborene.

Auch gebe es seit 2006 ein föderales Programm zur Bekämpfung von HIV. In Russland seien 130.000 Frauen infiziert. 80% der infizierten Neugeborenen haben das Virus von ihrer Mutter bekommen.

Aktuell beschäftigte sie das Thema Vorgeburtliche Diagnostik. Monika Knoche führte dazu abschließend die kontroverse Debatte in Deutschland aus.

Freitag 29. August 2008; Moskau

Gespräch mit Vertreterinnen der Partei Gerechtes Russland (SR)

Einleitend begrüßte Herr **Boris Guseletow**, Chef der Internationalen Verwaltung der Partei „Gerechtes Russland“ (SR), die Delegation. Frau **Marina Milownowa**, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Partei SR präsentierte anschließend die Arbeit der Partei. Die Partei SR ist eine junge Partei, die erst seit 2006 besteht. Das Motto der Partei ist „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Sie hat mehr als 400.000 Mitglieder, davon 60 Prozent Frauen. Mit 11 weiblichen von insgesamt 38 Abgeordneten haben sie den höchsten Frauenanteil einer Fraktion in der Staatsduma. Ein wichtiges Thema für die Partei ist der Aufbau der Zivilgesellschaft. Die inhaltliche Arbeit wird über kol-



lektive Arbeitsgremien (Räte) gesteuert. Einer davon diene der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft (NGOs).

Auch die Vertreterinnen der Partei Gerechtes Russland thematisierten die Rolle der Russischen Föderation im Kaukasuskonflikt als Helfer in einer humanitären Katastrophe. So berichtete Frau **Marina Smirnowa**, Präsidentin der Stiftung „Kinder-Planet“, dass traumatisierte Kinder aus Südossetien zur Rehabilitierung in Moskauer Erholungsheime verschickt werden. Sie fügt hinzu, dass Frauen als Mütter aufgrund ihres friedlichen Wesens eine hohe gesellschaftliche Verantwortung hätten.

Engagiert berichtete die NGO-Expertin **Larisa Nikowskaja** den Gästen der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, wie schwer es viele Frauen in Russland haben. Dazu gehört die ungerechte Bezahlung, bei gleicher Arbeit erhalten sie immerhin 40 Prozent weniger als die Männer, und die Situation der Rentnerinnen und Rentner. Sie können von der staatlichen Rente unter dem Existenzminimum nicht ohne Zusatz-einkommen leben.

Abschließend stellte **Alona Arlowa** vom Rat „Engel der Hoffnung“ das Engagement der Partei für sehbehinderte und gehörlose Kinder vor. Durch gemeinsames Tanzen soll ihnen ein neues Körpererfühl vermittelt werden. Die Gruppe tanzt dabei Volkstänze aus allen Regionen der russischen Föderation.



Presse

Monika Knoche

»Die EU darf sich militärisch nicht engagieren«

Parlamentarierinnen der Linkspartei informierten sich in Warschau und Moskau aus erster Hand über die Folgen des Georgien-Konflikts. Gespräch mit Monika Knoche

Sie haben diese Woche im Rahmen einer Frauen-delegation Ihrer Fraktion Gespräche in Warschau und zuletzt in Moskau geführt. Wie ist die Stimmung in beiden Hauptstädten, nachdem wegen der Georgien-Krise fast der gesamte Westen Front gegen Rußland macht?

In Warschau gibt es immer noch eine kritische Position – auch bei Politikern – zur Installierung der US-Raketen auf polnischem Territorium. Man sieht das durchaus als Provokation. Aber die Mehrheit der Bevölkerung ist jetzt umgeschwenkt, antirussische Reflexe wurden wiederbelebt. Eine rationale Debatte wird dadurch nicht unbedingt gefördert.

Und in Moskau?

Dort ist die Lage völlig anders. Die große Mehrheit der Russen nimmt zunächst einmal wahr, welch menschliches Leid durch den Angriff Georgiens auf Südossetien entstanden ist. Für diese Provokation macht sie letztlich das Expansionsstreben der NATO verantwortlich – eine Position, die auch von meiner Partei geteilt wird. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß die Bundesregierung in Europa ihren Einfluß geltend machen muß, daß zu Rußland weiterhin normale Beziehungen gepflegt werden müssen. Unserer Ansicht nach ist es nicht nur völlig daneben, sondern auch gefährlich, von einer Neuauflage des Kalten Krieges zu sprechen. Das sieht man übrigens auch in Moskau so.

Die Europäische Union (EU) will am Montag über eventuelle Sanktionen gegen Rußland beraten. Haben Sie Hinweise bekommen, wie die russische Staatsführung reagieren könnte?

Unsere Gesprächspartner betonten immer wieder, daß der Westen die strategischen Sicherheitsinteressen Rußlands stärker berücksichtigen sollte. Deshalb hofft man in Moskau, daß der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit seiner relativ moderaten Haltung Einfluß auf die EU-Beratung nehmen kann. Deutschland hat ja auch eine historische Verpflichtung, zu Rußland ein gutes Verhältnis zu bewahren.

Eine britische Zeitung will erfahren haben, daß Moskau plant, die Öllieferungen an den Westen zu drosseln.

Dafür gibt es nicht die geringsten Anzeichen. Verstehen könnte ich allerdings, wenn Rußland nicht mehr bereit wäre, die NATO-Aktionen in Afghanistan zu unterstützen.

Sie haben begrüßt, daß Bundeswehrangehörige an der OSZE-Beobachtergruppe in Georgien beteiligt werden. Hat die OSZE schon mal irgendeinen Konflikt regeln können?

Es geht mir vor allen Dingen darum, daß wir die Position der OSZE aufwerten – sie ist ja ein Instrument, das mit der Helsinki-Konvention auch durch die russische, damals sowjetische, Politik entstanden ist. Wir haben immer gesagt, daß sich auf gar keinen Fall die EU militärisch in Georgien engagieren darf.

Es kommt jetzt darauf an, die Friedenssicherung im Auge zu behalten und vor allem auch die Kriegsursachen aufzuklären. Ich räume ein, daß die OSZE schon lange nicht mehr die ihr ursprünglich zugedachte neutrale Rolle hat, daß vor allem die baltischen Staaten und Polen einen negativen Einfluß auf die OSZE-Parlamentarierversammlung ausüben. Dennoch meine ich, daß die OSZE das beste Instrument ist, das wir zur Zeit haben.

Im Schwarzen Meer operiert zur Zeit die deutsche Fregatte »Lübeck«, wenn auch im Rahmen eines großen NATO-Flottenverbandes. Wird hier nicht leichtfertig mit dem Feuer gespielt?

Wie gefährlich die Situation dort ist, kann ich von Moskau aus nicht so recht beurteilen. Allerdings halte ich es für sehr wichtig, daß gleich nach Ende der parlamentarischen Sommerpause, also noch im September, der Auswärtige und der Verteidigungsausschuß die Lage beraten.

Hat es nicht auch für Sie einen schalen Beigeschmack, wenn deutsches Militär, auch wenn es im Rahmen der OSZE ist, im Vorfeld Rußlands tätig würde?

Ich habe keine Probleme damit, wenn sie sich auf Überwachung und Beobachtung beschränken. Jede Art von militärischer Aktivität muß aber ausgeschlossen sein.

Interview Peter Wolter, junge Welt, 30. August 2008



Ulla Jelpke

Ulla Jelpke »Rechte ausgehebelt«

Parlamentarierinnen der Linksfraktion im Bundestag auf Reisen: Aktivistinnen in Warschau und Moskau berichten über ihren Kampf gegen Diskriminierung und antiquiertes Frauenbild

Eine Delegationsreise führte weibliche Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag Ende vergangener Woche nach Polen und Rußland. Monika Knoche, Kirsten Tackmann, Dorothée Menzner, Inge Höger und die Autorin informierten sich über frauenpolitische Probleme in den beiden Ländern. Bei einem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Demokratischen Frauenunion Polens (DUK) veranstalteten Workshop in Warschau wurde konstatiert, daß sich kaum ein Prozent der Nichtregierungsorganisationen (NGO) in Polen der Emanzipation der Frauen widmet. Ähnlich wie in Deutschland sind auch in Polen Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert. Dorota Obdiniak von der Lehrergewerkschaft Polens stellte fest, daß im polnischen Bildungswesen noch immer 80 Prozent Männer und nur 20 Prozent Frauen leitende Funktionen bekleiden.

Selbstbestimmung adé

Am größten sind im östlichen Nachbarland der Bundesrepublik die Rückschritte im Bereich der reproduktiven Rechte. Während es vor der »Wende«, und zwar schon seit 1956, eine liberale Regelung gab – Schwangerschaftsabbrüche aus sozialen Gründen waren erlaubt und wurden kostenlos durchgeführt – hat Polen seit 1993 eine der restriktivsten Regelungen zur Abtreibung. Wanda Nowicka, Vorsitzende der Föderation für Frauen und Familienplanung, betonte, mit dem Abtreibungsgesetz seien die polnischen Frauen ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt worden. Zudem stehe Sexualaufklärung nicht im Lehrplan der Schulen. Staatliche Informationsangebote zur Familienplanung gebe es nicht, entsprechende Websites würden von der Kirche unterhalten. Obendrein hätten gerade junge Frauen oftmals keinen Zugang zu Verhütungsmitteln.

Das Abtreibungsrecht sei in Wirklichkeit noch viel repressiver als auf dem Papier. Selbst legale Abtreibungen, zum Beispiel nach einer Vergewaltigung,

ließen sich oft nicht durchsetzen. Auch der Prozeßerfolg von Alicja Tysiac vor dem Europäischen Gerichtshof habe sich bislang nicht positiv für die polnischen Frauen ausgewirkt. Im Jahr 2000 war Tysiac eine legale Abtreibung verweigert worden, obwohl das Risiko bekannt war, daß die zweifache Mutter nach einer weiteren Geburt ihr Augenlicht verlieren würde. Sie ist heute schwer behindert. Im März 2007 wurde ihrer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stattgegeben, der polnische Staat muß eine Entschädigung zahlen. Denn bei gesundheitlichen Gefahren für die Schwangere oder den Fötus sowie bei Schwangerschaften aus Vergewaltigungen oder Inzest ist auch in Polen ein Abbruch legal.

Einer Zahl von 225 legalen Schwangerschaftsabbrüchen jährlich sollen nach Schätzungen bis zu 200000 illegale Abtreibungen in Polen gegenüberstehen. Eine Liberalisierung des polnischen Rechts sei in absehbarer Zeit nicht erreichbar, so die Einschätzung von Wanda Nowicka. Ihre Föderation wolle daher ein Netzwerk von Anwälten schaffen, um die Frauen wenigstens bei der Durchsetzung ihrer noch bestehenden Rechte unterstützen zu können.



Rentnerinnen in Moskau

Die Soziologin Danuta Zalewska malte ein düsteres Bild der polnischen Gesellschaft von heute. Die Eingriffe der römisch-katholischen Kirche in die politische Praxis hätten dazu geführt, daß ihr Land heute ein »Kirchenstaat« sei. Die Verletzung der reproduktiven Rechte der Polinnen geißelte sie mit scharfen Worten: »Wenn Frauen zur Reproduktion gezwungen werden, dann ist das eine Form der Sklaverei.« Auch insgesamt würden ihnen viele Rechte vorenthalten, für EU-Staaten geltende Richtlinien würden einfach nicht umgesetzt. Frauenorganisationen schafften es Zalewska zufolge nicht, ihre Ziele von einer breiten Basis aus durchzusetzen.

Gegen Frauenhandel

Die Parlamentarierinnen trafen auch Vertreterinnen des Warschauer Büros der NGO »La Strada«, die seit 13 Jahren Teil des La-Strada-Pilotprojekts zur Prävention gegen Frauenhandel in Mittel- und Osteuropa ist. Auch das »Network of East-West Women« bietet Rechtsberatung für von Gewalt betroffene Frauen an.



Die Gäste der Linkenfraktion an einem Gedenkstein im Warschauer Ghetto

Zum anderen beschäftigen sich seine Aktivistinnen mit dem Thema Gender Budgeting. So wurde mit Unterstützung durch die Gender-Budget-Initiative Berlin eine geschlechtersensible Analyse des Haushaltes der Stadt Gdansk durchgeführt, auch im Hinblick auf die Verwendung von EU-Finanzhilfen. Sie ergab unter anderem, daß es keineswegs wie vorgesehen mehr Geld für Frauenorganisationen gibt. Die EU-Mittel fließen ausschließlich in den Arbeitsmarkt. Das Netzwerk konstatiert, daß es auch im polnischen Parlament keine »kritische Masse« von weiblichen Abgeordneten gebe, die sich um den geschlechtergerechten Einsatz der Mittel kümmern.

In Moskau führte die Delegation unter anderem Gespräche mit Vertreterinnen des NGO-Netzwerks »Frauenpartnerschaft«, der Moskauer Assoziation »Frauen in der Politik«, des Komitees der Soldatenmütter und der Unabhängigen Psychiatrischen Assoziation. Die Aktivistinnen der beiden zuletzt genannten Verbände kümmern sich in aufopferungsvoller Weise ehrenamtlich um Tausende Soldaten, die traumatische Erfahrungen gemacht haben. Vom Staat bekommen sie keinerlei Unterstützung.

Bei einem Treffen mit Politikerinnen der Partei Gerechtes Rußland (SR) wurde deutlich, daß es Probleme gibt, die auch in den westeuropäischen Staaten noch nicht gelöst sind: Bei gleicher Arbeit erhalten Frauen in Rußland 40 Prozent weniger Lohn als die Männer.

Auch in Moskau kritisierten Frauenrechtlerinnen, es gebe keinen Aufklärungsunterricht in den Schulen. Informationen zum Thema Familienplanung und Geburt fehlten ebenso wie erschwingliche Verhütungsmittel. Unter diesen Bedingungen werde das Recht der Frauen auf eine Abtreibung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche zur Farce. Die Zahl der Abtreibungen sei in den letzten Jahren zwar zurückgegangen, aber sie seien nach wie vor die gängige Art der Geburtenkontrolle, berichteten die Feministinnen.

Junge Welt, 5. September 2008

Jutta Kühl

»Friedensreise nach Osteuropa«

»Umschlagplatz«, was für ein Wort auf historischem polnischen Boden. Es ist das einzige deutsche Wort, das heute noch auf dem Gelände des ehemaligen Warschauer Gettos zu lesen ist. Es braucht nicht mehr, als schlichte grafische Letter auf schwarzem Granit, um den grausamen Hintergrund dieses Mahnmals zu begreifen. Von diesem Platz aus starteten die Züge, mit denen die Bewohner des Gettos in das Vernichtungslager Treblinka deportiert wurden. Das Lager lag etwa 100 Kilometer östlich von Warschau. Wer hierhin kam, wurde noch am selben Tag ermordet. Zwischen 2000 und 13000 Menschen starben täglich in den Gaskammern von Treblinka. Ihre Leichen wurden auf Scheiterhaufen verbrannt.

»Ku Czci – In ehrendem Gedenken« lautet die Inschrift auf dem Kranz, den fünf weibliche Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Ende August am Denkmal für die Helden des Warschauer Gettos niederlegten. Im Rahmen einer Friedensreise nach Warschau und Moskau besuchten sie das Monument, um der rund 450000 Menschen zu gedenken, die hier zwischen 1940 und 1943 ihr Leben verloren. Das 1948 eingeweihte Denkmal befindet sich inmitten eines Neubaugebietes. Um die Erinnerung an die Schreckenszeit wach zu halten, leben die Warschaueinnen und Warschauer heute mit Mahnmalen neben ihrem Wohnhaus, dem Sportplatz oder der Schule. Holger Politt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau führte die deutschen Gäste im Anschluss an die Kranzniederlegung über das Areal des ehemaligen Gettos. Immer wieder begegnet die Gruppe schwarzen Steinblöcken, die auf wichtige Namen und Ereignisse hinweisen. Zu ihnen gehörte Emanuel Ringelblum. Er leitete eine Archivgruppe, die das Alltagsleben im Getto dokumentierte. Das Archiv wurde in Milchkannen vor der Vernichtung des Ghettos vergraben und konnte dank des Hinweises eines Überlebenden später gerettet werden.

Einige Straßen weiter befindet sich auf einem Hügel ein Gedenkstein, der an die Widerstandsgruppe im Getto erinnert. Die meisten Aufständischen hatten ihre Familie und viele Freunde verloren. Die unwürdigen Lebensbedingungen ließen viele resignieren, weil die Überlebenschancen stetig sanken. Die Wut auf die Nazis wuchs und so begann der Kampf mit dem Mut der Verzweiflung. Alle Beteiligten wussten, dass der Aufstand ihren sicheren Tod bedeuten würde. Doch sie wollten ein Zeichen für ihren Überlebenswillen setzen. Knapp vier Wochen hielten sich die Aufständischen, bis sie sich den Nazis geschlagen geben mussten. Das Getto wurde anschließend dem Erdboden gleichgemacht. Nichts sollte daran erinnern, dass in Warschau vor dem Krieg die größte jüdische Gemeinde Europas lebte. Die Geschichte hat bewiesen, dass die Erinnerung an die ermordeten Juden nicht ausgelöscht werden kann.

Fraktionsmagazin Clara , September 2008

Jutta Kühl

»Zwei Seiten der gleichen patriarchalen Medaille«

Zum Selbstbestimmungsrecht polnischer und russischer Frauen über ihre Körper

Alicja Tysiak ist seit der Geburt ihres dritten Kindes fast blind. Bereits vor der Geburt war bekannt, dass sie die Schwangerschaft ihr Augenlicht kosten würde. Doch der legale Schwangerschaftsabbruch wurde ihr verwehrt. Spätestens seitdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ihrer Klage stattgab und den polnischen Staat zur Zahlung einer Entschädigung verurteilte, ist ihr Schicksal auch außerhalb der Grenzen Polens bekannt.

Ihre Geschichte ist kein Einzelfall, denn das polnische Abtreibungsrecht ist in Wirklichkeit noch viel repressiver als auf dem Papier. Bei gesundheitlichen Gefahren für die Schwangere oder den Fötus sowie bei Schwangerschaften aus Vergewaltigungen oder Inzest ist in Polen ein Abbruch auch nach dem aktuellen Recht legal. In der Realität lässt sich dieses Recht aber oft nicht durchsetzen. Zu groß ist der gesellschaftliche Einfluss von Kirche und Lebensschützern. Daran hat auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes bislang nichts geändert.

Positive Auswirkungen auf Polinnen in ähnlicher Lage blieben aus, stellt Wanda Novicka, Präsidentin der Förderation für Frauen und Familienplanung in Polen fest. Die Föderation ist ein Dachverband von Organisationen, die sich seit ungefähr 15 Jahren für die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen engagieren. Der Erlass des Anti-Abtreibungs-Gesetzes 1993 »beraubte polnische Frauen nach 40 Jahren ihres Selbstbestimmungsrechtes«, blickt die Feministin zurück. Doch die Diskriminierung der Frauen beginnt bereits viel früher: Sexualaufklärung steht nicht im Lehrplan der polnischen Schülerinnen und Schüler. Staatliche Informationsangebote zur Familienplanung

fehlen und entsprechende Websites werden von der Kirche unterhalten. Obendrein fehlt – gerade jungen – Frauen oftmals der Zugang zu Verhütungsmitteln.

In dieser Hinsicht gleicht die Situation der russischen Frauen der ihrer polnischen Geschlechtsgenossinnen. Auch hier berichteten NGO-Vertreterinnen der deutschen Delegation von ähnlichen Problemen: kein Aufklärungsunterricht in der Schule, Informationen zum Thema Familienplanung und Geburt fehlen ebenso wie erschwingliche Verhütungsmittel. Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen wird das Recht der russischen Frauen, bis zur 12. Woche selbst über einen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden, zur Farce. Die Zahl der Abtreibungen sei in den letzten Jahren zwar zurückgegangen, aber diese seien nach wie vor die gängige Art der Geburtenkontrolle, kritisieren russische Feministinnen.

querblick 4.08, September 2008

Frank Schwarz

»Zu Gast bei den Kindern des Holocausts«

Überlebende des Warschauer Ghettos empfingen Frauen der Linksfraktion

Die Erinnerungen sind noch immer da. Fast täglich, oft lange und quälend. Die Zeit der Okkupation und die Erlebnisse kann Janusz Kaprinski nicht vergessen. »Dass ich lebe, ist Zufall. Es ist sinnlos zu fragen, warum mein Freund oder Geschwister umgekommen sind. Ich hatte einfach Glück und konnte mich wochenlang unter Trümmern verstecken«, erzählt der Warschauer. Als der Krieg zu Ende war, ist Janusz 15 Jahre alt und hat die Schrecken des Ghettos überlebt. 750 000 Warschauer sind umgekommen, etwa die Hälfte aller Einwohner. Wie Janusz hatten auch wenige andere junge Polinnen und Polen das Glück, die Zeit des Ghettos zu überstehen. Als Säuglinge oder Kleinkinder und manche auch als Jugendliche wurden etwa 2000 von ihnen gerettet, sie sind die Kinder des



Moskau

Holocausts. Die meisten haben Polen verlassen und leben hauptsächlich in den USA oder Israel. 800 Kinder des Holocausts leben noch in Polen und berichten vor allem vor Jugendlichen in Schulen und Universitäten über ihre Schicksale. Diese sind auch in mehreren Büchern festgehalten worden.

»Wir sind für eine konsequente Friedenspolitik und fordern die Bundesregierung auf, alle Bundeswehrsoldaten im Ausland abzuziehen«, erklärt Monika Knoche von der Frauendelegation der Linkspartei. Das stößt bei den Holocaust-Kindern auf Wohlwollen und Zustimmung. »Es ist schön, von deutschen Politikerinnen so etwas zu hören«, sagt die Vorsitzende des Vereins, Anna Drabik. Die Frauen der Fraktion DIE LINKE hatten vor dem Treffen mit den Überlebenden des Warschauer Ghettos am Denkmal für die Opfer der deutschen Faschisten einen Kranz zum ehrenden Gedenken niedergelegt.

querblick 4.08, September 2008

Ulla Jelpke

»Schwere außenpolitische Fehler des Westens«

Gespräche der Linken in Warschau und Moskau

Unsere Frauendelegation der Bundestagsfraktion DIE LINKE erkundigte sich während einer mehrtägigen Reise nach Warschau und Moskau über den Stand der aktuellen außenpolitischen Debatten in Polen und Russland.

Die rechtsliberale Regierung in Warschau positioniert Polen innerhalb der Europäischen Union (EU) als Scharfmacher gegen Russland, wie sich vor allem in der Vereinbarung über den US-Raketen-»Abwehrhals« zeigt. Die Sejm-Abgeordnete Johanna Szymanek-Deresz vom Bündnis der Demokratischen Linken sagte, das Abkommen richte sich gegen Russland.

Hanna Zdanowska (Bürgerplattform) trug die offizielle Lesart vor, der zufolge es um den Schutz vor Terrorismus gehe. Andere Gesprächspartnerinnen verwiesen auf eine Art »nationales Trauma«, ein tiefes Misstrauen der Polen, ob ihnen ihre neuen westeuropäischen Partner im »Ernstfall« wirklich zu Hilfe kämen, weswegen man sich an die USA wende.

Frau Kluzik-Rostkowska von der Partei »Recht und Gerechtigkeit«, ehemalige Familienministerin in der Kaczynski-Regierung, erklärte, Faschismus und russische Besatzung seien tief im Alltagsbewusstsein der Polen verankert. Derzeit herrsche die Angst, dass Russland wieder imperiale Motive habe; dann sei Polen gefährdet, allerdings sowohl mit als auch ohne Raketenabwehrhals.

In Moskau war die Ablehnung des Raketenabwehrsystems eindeutig, wie auch Russlands Rolle im Kaukasuskonflikt einstimmig als »Helfer« dargestellt wurde: Weronika Igorewna Skworzowa, stellvertreten-

de Ministerin für Gesundheit und soziale Entwicklung, verwies auf umfangreiche Lieferungen medizinischer Güter und die Aufnahme von 15 000 Flüchtlingen.

In den schwierigen letzten drei Wochen seien folgende medizinische Hilfsleistungen organisiert worden: 50 Tonnen Arzneimittel; 300 Lazarettplätze; 1600 Behandlungen, davon nach wie vor 300 stationär. Insgesamt würden sich 15 000 Flüchtlinge auf russischem Gebiet befinden. Marina Smirnowa, Präsidentin der Stiftung »Kinder-Planet« zufolge, sind traumatisierte Kinder aus Südossetien zur Rehabilitierung in Moskauer Erholungsheime verschickt worden.

Einig waren sich die Linken-Delegation und die russischen Gesprächspartnerinnen: Die Friedenschance im Kaukasus sei in erster Linie durch den georgischen Präsidenten Saakaschwili ausgeschlagen worden. Der Westen habe mit einer Reihe von »schweren Fehlern« die Beziehungen zu Russland in eine »Spirale der Konfrontation« geführt.

Querblick 4.08, September 2008

